

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Drahtschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachrichten: 20011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 31. Juli 1927 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1.50 Mk.
Einzelnummer 15 Pfennig
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 5 Pf., für außerwärts 40 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 30 mm breite Reklamzeile 20 Pf., außerhalb 25 Pf., Übersetzungsbüro 30 Pf., Ausw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Marienstraße 33-42
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden
Postfach-Nr. 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Oefen und Herde
kauft man preiswert im Fachgeschäft
Chr. Garms Inh.: W. Eckardt Gr. Zwingenstr. 13
Fernsprecher: 16262 Nähe Postplatz
Kochanlagen für Großbetriebe - Kohlen- und Gas-Herde - Dauerbrand-Oefen - Ersatzteile.

Jahresschau
Täglich im Vergnügungspark abds 1/8 Uhr
— die größte Attraktion der Jetztzeit —
Das menschliche Geschöß

Blüthner-Flügel
-Pianos
Prager Straße 12 Fernruf 16378

Vor dem Abbruch der Genfer Konferenz.

Coolidge lehnt Englands letzte Vorschläge ab. — Die Gegenätze unüberbrückbar.

Fortschreitende Kommunistenarbeit im französischen Seere. — Der „Vorwärts“ gegen die Drees-Dokumente. — Ausbruch des Besuns.

Die letzte Phase der Flottenkonferenz.

Niemand will verantwortlich sein.
London, 30. Juli. Wie aus Washington gemeldet wird, konferierte gestern Staatssekretär Kellogg den ganzen Tag mit den führenden Männern der amerikanischen Marine über die Genfer Seeabrüstungskonferenz. Die Besprechungen fanden unter dem Eindruck einer erneuten Erklärung des Präsidenten Coolidge, daß auch die letzten englischen Vorschläge in Genf für Amerika unannehmbar seien.
Wie die „Times“ aus Tokio melden, lauten die japanischen Korrespondentenberichte aus Genf sehr pessimistisch. Die japanische Regierung will für den Fall des Konferenzabbruchs in Genf ihrerseits eine Erklärung veröffentlichen, die Japans positive Mitarbeit am Seeabrüstungswork beweisen und schließlich klarlegen soll, daß Japan für den Konferenzabbruch nicht verantwortlich zu machen sei.
In Londoner Völkerverbundkreisen verfolgt man mit erhöhter Spannung die letzte Phase der Genfer Konferenz. Man betont, daß es sich wohl nicht um eine Völkerverbundskonferenz handelt, jedoch wird die Welt diesen Unterschied übersehen und einen Konferenzabbruch als ein neues Plätzchen des Völkerverbundes brandmarken. Die „Daily Mail“ bereitet heute schon das nächste Ende der Genfer Konferenz mit dem Hinweis vor, daß die englisch-amerikanischen Beziehungen durch Genf nicht ernstlich beeinträchtigt werden können. (T.L.)

Eine vorbereitete Erklärung Japans.

London, 30. Juli. „Daily News“ meldet aus Tokio: Die japanische Regierung hat bereits eine Erklärung vorbereitet, die am Montag veröffentlicht werden soll, falls die Genfer Konferenz zusammenbricht. Der Premierminister und der Marineminister hegen jedoch die Hoffnung, daß noch immer ein Kompromiß möglich sein wird. Einem neuen Rüstungsweifen würden die Finanzen Japans nicht gewachsen sein.

Coolidges Ablehnung der Vorschläge Englands.

London, 30. Juli. Eine Exchange-Meldung aus Rapid City von gestern Abend bestätigt auf Grund amtlicher Mitteilung, daß Präsident Coolidge der Ansicht ist, daß die Vereinigten Staaten die Genfer Vorschläge Großbritanniens nicht annehmen könnten. In einer Pressekonferenz begründete Coolidge seine Auffassung damit, daß eine Annäherung der

beiden Standpunkte nicht erfolgen könne, weil England eine weit größere Kriegsstärke für sein eigenes Land für nötig halte, als die Vereinigten Staaten für sich beanspruchten. Unter diesen Umständen sei es besser, die Konferenz abzubauen, als daß die Vereinigten Staaten Verträge eingehen, die die amerikanische Regierung zwingen würden, ihre Rüstungen zu erhöhen, statt sie einzuschränken.

Der Anlaß zu der englischen Kabinetts-Sitzung.

Vertagung der Seeabrüstungskonferenz auf unbestimmte Zeit?
London, 30. Juli. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Den Anlaß zu der gestrigen Zusammenkunft des Kabinetts bildeten erste Depeschen aus Genf an Chamberlain. Der Inhalt wurde nicht bekanntgegeben, aber es verlautet, daß die britische Delegation bei ihrer Ankunft in Genf fanden, daß die Atmosphäre sich nicht gebessert habe. Die Aufnahme der britischen Vorschläge bei der amerikanischen Delegation war alles andere als begeistert. Völkerverbundstreife in Genf und in London sind besorgt über den drohenden Zusammenbruch der Seeabrüstungskonferenz. Es herrschte die Empfindung, daß wenn die drei Mächte anstehende gewesen sind, sich über ein beschränktes Seeabrüstungsprogramm zu einigen, die Aussichten auf eine Vereinbarung von etwa 20 Mächten über die weitreichenden Probleme der Abrüstung sehr schwach sind. Der Korrespondent hält es für möglich, daß die Völkerverbundversammlung im September beschließen werde, die Seeabrüstungskonferenz auf unbestimmte Zeit zu vertagen, und daß sie vielleicht sogar zögern werde, die Wiederaufnahme der vorbereiteten Abrüstungskonferenz im November anzuraten.

Amerika droht mit neuen Kreuzerbauten.

New York, 30. Juli. Die führenden amerikanischen Zeitungen bringen lange Sonderberichte aus Rapid City, die alle besagen, daß Coolidge wenig von seiner Erholung auf seinem Landgut hat und die Genfer Seeabrüstungsverhandlungen mit großem Pessimismus verfolgt. Der Präsident wird, wie die Zeitungen schreiben, England für den Konferenzabbruch verantwortlich machen. — Amerikanische Marinekreise sprechen davon, daß nach Abbruch der Genfer Konferenz Amerika für 400 Millionen Dollar Kreuzer bauen würde, um Englands Kreuzerstärke gewachsen zu sein. (T.L.)

Der deutsch-österreichische Anschluß.

Der deutsch-österreichische Anschluß und das damit eng zusammenhängende Problem Mitteleuropas haben aus Anlaß der Wiener Unruhen und in Verbindung mit einer gegen den Anschluß gerichteten Artikelserie der „Kreuz-Zeitung“ lebhafteste Erörterungen in der politischen Tagespresse hervorgerufen. Die mitteleuropäische Verkehrs- und wirtschaftspolitische Verständigung, die für Deutschland nur gleichzeitig mit der Anschlußfrage gewertet werden kann, spielt zurzeit in gewissem Sinne eine ähnliche Rolle, wie der deutsche Zollverein im Anfang der deutschen nationalen Einheitsbewegung. Die hohe Bedeutung dieses Problems — es ist wirklich ein solches wegen seiner tiefgründigen Schwierigkeiten und nicht bloß eine einfache Frage — ist auch auf der Genfer Weltwirtschaftskonferenz anerkannt worden. Dort erklärte der ehemalige Völkerverbundskommissar Dr. Zimmermann, der das im Frieden von St. Germain zerstückelte Österreich ein paar Jahre hindurch auf diktatorische Manier zu „sanieren“ berufen war, daß die Herstellung einer gewissen wirtschaftlichen Einheit zwischen den Ländern Mitteleuropas für den Wiederaufbau unseres Kontinents wesentlich sei. Eine der Konferenz vorgelegte Denkschrift beleuchtete in drastischer Weise die Nachteile, die sich aus dem gegenwärtigen Ab-sperrungszustand der einzelnen Gebiete ergeben. Vor dem Kriege stellte Mitteleuropa in seiner damaligen Gliederung eine der vollkommensten Wirtschaftsgemeinschaften dar. Heute sind auf demselben Raume sieben Mittel- und Kleinstaaten zusammengedrängt, mit Pakowang, Schutzzöllen, Ein- und Ausfuhrverboten auf der ganzen Linie und mit einer Gesamtverlängerung der Zollgrenzen um mehr als 6000 Kilometer. Wie sich diese Hemmnisse praktisch auswirken, erläuterte die Denkschrift u. a. an folgenden Beispielen: Mitteleuropa in seiner jetzigen Gestalt bedeutet die drückendste, oft geradezu entwürdigende Verschärfung des Personenverkehrs; so hat der „Schneezug“ Wien-Bukarest auf der Teillinie Wien-Krakau bei rund 400 Kilometer Fahrstrecke über vier Stunden Stechzeit! Der Donauverkehr von Regensburg bis zum Meere ist gegen die Vorkriegszeit beinahe auf die Hälfte zusammengeschrumpft, da heute die Schiffsladungen auf der früher ohne Grenzformalitäten befahrenen Wasserstraße zwischen Passau und Orsova von fünf verschiedenen Staaten geprüft werden. Die Tarife der Donauschiffahrt-Unternehmungen sind in mehr als einem halben Duzend Währungen zu errechnen! Auf Grund des gesamten von ihr verarbeiteten Materials kommt die Denkschrift mit Recht zu dem Schlusse, daß das heutige Mitteleuropa ein Schuldspiel dafür ist, wie Europa nicht aussehen darf, wenn es sich gegenüber anderen Kontinenten wirtschaftlich behaupten will.

Die Beseitigung der bestehenden Unzulänglichkeiten wird erheblich dadurch erschwert, daß politische Einflüsse sich hemmend einem allgemeinen Ausgleich entgegenstellen, der sich in natürlicher Folgerichtigkeit auf dem Boden von Wirtschaftsverträgen der mitteleuropäischen Staaten mit Deutschland und untereinander bewegen muß. Auf solche Einwirkungen politischen Charakters ist insbesondere der ursprüngliche Gedanke eines Donaubundes zurückzuführen, den Frankreich ins Leben rufen wollte, um mit Hilfe der früher ganz von ihm abhängigen Nachfolgestaaten in Mitteleuropa die Vorherrschaft auszuüben und gleichzeitig Deutschland und Italien in Schach zu halten, u. a. durch die Bildung eines neuen österreichisch-ungarischen Staates mit einer der Pariser Politik willfährigen monarchischen Spitze. Inzwischen sind aber die ehemaligen französischen „Vasallenstaaten“ so erstarkt, daß sie sich der Pariser Vormundschaft nicht mehr beugen wollen, sondern nach einer anderweitigen Orientierung Ausschau halten, die ihren wirtschaftlichen Interessen besser entspricht. Von maßgeblicher Prager Seite wird neuerdings stark betont, daß die Unterhaltung guter wirtschaftlicher Beziehungen nicht bloß zu Österreich, sondern auch zu Deutschland für die Tschecho-Slowakei lebenswichtig sei. Wenn man weitergehende Ziele mehr oder weniger utopischer Natur ablehnt und sich auf praktisch Erreichbares beschränkt, so liegen durchaus im Bereiche der Möglichkeit Abbau der Zollschranken, Erleichterung des Bahnwesens, Gründung eines Vereins mitteleuropäischer Eisenbahnverwaltungen mit dem wegen seiner Verdienste allseitig anerkannten deutschen Post-ein als Rückgrat, Schaffung eines mitteleuropäischen Postvereins nach dem Muster des alten deutsch-österreichisch-ungarischen Postbündnisses und industrielle Zusammenarbeit, namentlich auch zwischen Deutschland und Österreich.

Die Zerfetzung des französischen Heeres.

Neue Kommunistenkundgebungen.

Paris, 30. Juli. „Humanité“ berichtet über weitere Reservisten-Kundgebungen am 27. Juli in Nimes, wo etwa 30 Reservisten des 19. Artillerieregiments wegen schlechter Verpflegung die Arbeit verweigert und die Internationale angestimmt haben sollen, und in Grenoble, wo Reservisten des 4. Pionierregiments die Internationale annehmen haben. Die Vorfälle im Reservistenlager in Ucharb in der vergangenen Woche sollen nach der „Humanité“ darauf zurückzuführen sein, daß einem Familienvater der erbetene arbeitsfreie Urlaub ohne Begründung verweigert wurde. Als der Reservist darauf „Nieder mit dem Krieg“ rief, sei er von einem Offizier geschlagen worden, worauf mehrere andere Reservisten mit dem Ruf „Nieder mit Paul Boncour! Nieder mit Painlevé! Nieder mit dem Krieg!“ ihm zu Hilfe eilten. Die Kundgebungen sollen bis 11 Uhr abends gedauert haben. Auf Anordnung des zuständigen Generals sollen die Offiziere dann die Front abmarschieren, die an den Zwischenfällen beteiligten Reservisten angeblich aber nicht wiedererkannt haben.

Nach dem „Echo de Paris“ ist gegen einen Buchdruck in Bourges ein Verfahren eröffnet worden, weil er Plakate hergestellt habe, die zu den Reservisten-Kundgebungen Anlaß gegeben haben sollen.

Paris, 29. Juli. Wegen den kommunistischen Abordnungen dort ist gegen seine Reise nach China, die er als Delegierter der kommunistischen Internationale ausführt, eine Untersuchung wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Staates eröffnet worden. (W.F.B.)

Eine Interpellation Maginots über die Verhezung der Reservisten.

Paris, 29. Juli. Der frühere Kriegsminister Maginot wird beim Wiederantritt des Parlamentes den Kriegsminister über die Maßnahmen interpellieren, die die Regierung zu ergreifen gedenkt, um die zu Ungehungen ein-

berufenen Reservisten gegen die antimilitärische Propaganda zu schützen. Veranlaßt ist diese Interpellation durch die in der letzten Zeit wiederholt in verschiedenen Reservistenlagern vorgekommenen Zwischenfälle. Einberufene Reservisten hatten, wie erinnert, zum Teil unter Abkündigung der Internationale, gegen die Abhaltung von Reservistenkundgebungen protestiert. (W.F.B.)

Das Pariser Spionageurteil gegen Stranders bestätigt.

Paris, 30. Juli. Das Urteil des Strafgerichtes gegen den ehemaligen englischen Hauptmann William Stranders, der wegen angeblicher Spionage zu zwei Jahren Gefängnis und 1000 Frank Geldstrafe verurteilt worden war, ist nunmehr in zweiter Instanz unter Beibehaltung der Urteilsbegründung der ersten Instanz bestätigt worden.

Wie Warschau das Chorzow-Urteil aufhört.

Warschau, 30. Juli. Von hiesiger amtlicher Stelle wird betreffs des Städtewerkes Chorzow erklärt, daß der Internationale Schiedsgerichtshof im Haag entgegen anderslautenden ausländischen Pressemeldungen in seinem Urteil lediglich zum Ausdruck gebracht habe, daß der Gerichtshof im Haag für den deutsch-polnischen Streitfall zuständig sei.

Ein französischer Kreuzer als polnisches Schulschiff.

Paris, 30. Juli. Der ehemals französische Kreuzer „D'Entrecasteaux“ hat, wie aus Cherbourg gemeldet wird, unter dem Namen „Wladislaw IV“ unter polnischer Flagge und mit einer polnischen Besatzung die Werk verlassen, um künftig in Gdingen als Schulschiff zu dienen.

Der Zweck der Wilna-Reise Pilsudskis.

Warschau, 30. Juli. In hiesigen politischen Kreisen will man die Reise des Warschauer Pilsudski nach Wilna in Zusammenhang mit den litauisch-polnischen Annäherungsversuchen bringen. (T. U.)